

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 41.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Wagnersche Druckerei für Halle und Magdeburg 250 Str., durch die Post bezogen 3 Str. für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratiis-Bestellungen: Hallescher Courrier (Halle), Germania (Halle), Germania (Möckeln), Germania (Möckeln), Germania (Möckeln).

Erste Ausgabe

Belegexemplare für die Schriftsteller eines Heftes oder deren Namen für Halle u. den Saalkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf. — Restlos am Schluss des bezahlten Heftes die Zeitungsrechnung. — Abnahmebestellung für die Verleger in Halle u. G. und bei allen bekannten Buchhandlungen.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Weinstraßen-Telefon 8110. Verleger: Dr. G. W. Müller, Halle a. S.

Sonnabend, 25. Januar 1913.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 90. Telefon Amt Scharfstr. Nr. 8290. Preis und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Das Rätsel der neuen Heeresvorlage.

Eine neue Heeresvorlage ist zu erwarten, aber wenigstens doch eine Nachtragsforderung für militärische Zwecke. Das ist regierungsseitig angehängt worden und allseitig bekannt und mit besonderer Genugtuung begrüßt worden. Welche organisatorische Veränderungen und Reorganisationen die Vorlage jedoch bringen wird, darüber herrscht noch völliges Dunkel. Wohl hat sich ein gewaltiges Rausen und Rasen in Wäldern erhoben; ein Blatt will immer besser wie das andere über die kommenden Dinge unterrichten, aber niemand hat bisher den Schleier lüften können, hinter dem sich bis zur Stunde die Verhinderung verbirgt. Die Reichsregierung hat bis heute nichts Ernstliches getan, um diesen Treiben zu steuern und durch eine zweifelhafte Manövrierung der Sache allen weiteren Gerüchten den Boden zu entziehen. Die eigentliche amtliche und halbamtliche Presse bleibt zugeknöpft bis an den Hals und tut, als wenn sie nichts wüßte, während die halbamtlichen Organe und Korrespondenzen, die gelegentlich der Regierung weiches Papier zur Verfügung stellen, vereinzelt „Mentis“ ihre Dementis entgegenstellen, die aber auch keine Verhütung bringen, sondern von der politischen Tagespresse mit geräuschvollem Aufschrei begleitet werden.

Es sind schwerwiegende nationale Interessen und Rücksichten nach innen wie nach außen, die eine derartige Behandlung militärischer Forderungen verbieten. Es muß unbedingt der Eindruck vermieden werden, als bestände irgend eine Mangelhaftigkeit, daß Aufwendungen, die zum Ausbau unserer nationalen Verteidigung von den zuständigen Fachautoritäten nach Rücksicht und Gewissen als unumgänglich und unumkehrbar erklärt werden, aus finanziellen Gründen zum Gegenstande des Reichstages zwischen den militärischen und den finanziellen Behörden gemacht werden könnten. Leider läßt sich nicht leugnen, daß ein solcher Anstoß durch die jetzigen Vorgänge in Verbindung mit früheren ähnlichen Erfahrungen erweckt wird. Schon bei dem im März 1911 verabschiedeten jenseitigen Quinquennat, das offenbare Mängel und Lücken in unserer Heeresrüstung, darunter insbesondere die unzulängliche Ausrüstung unserer starken Bevölkerungsbereitschaften bei der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, beheben ließ, war der Kriegsminister genötigt, zu erklären, daß „bei der Hintanhaltung an sich wohlbedachteter militärischer Wünsche auf die Lage der Reichsfinanzen habe Rücksicht genommen werden müssen“. Weiter wurde ausdrücklich behauptet, daß Herr v. Tschirch seine Richtigstellung mehrmals zu finanzieller Umkehrung zurückgekommen habe, bis er schließlich in völlig zusammengeknöpfter Form vor dem Reichstage erschienen sei. Schon damals äußerte die nationale Presse ohne Unterlaß der Parteirechtung ihre schweren Bedenken gegen eine solche Art der Zurückhaltung militärischer Forderungen, und bei dem jetzigen Anstoß muß dieser Protest energisch erneuert werden.

Die Gefahren einer derartigen Methode sind mannigfaltig. Einmal wird dadurch im Auslande die falsche, den Frieden bedrohende Annahme erweckt, daß wir nicht mehr wie bisher rücksichtslos entschlossen seien, bei der Bewahrung unserer militärischen Machtstellung die Interessen der Kontinentalen zu wahren und „jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen“. Zudem wird unserer sozialen und sozialdemokratischen Kreise durch solche Vorkommnisse eine nur zu gern benutzte Handhabe geboten, die militärische Verfassung tendenziös zu verächtlichen, als leidenschaftlich in ihren Forderungen nicht auf das unbedingt Notwendige, während andererseits das Reichsschaubild mit dem Reichskanzler bei der nationalen Presse in den Verdacht gerät, daß dort nicht das am wenigsten schärfste Empfinden für die von der nationalen Verteidigung erforderten Notwendigkeiten vorhebere. Auch jetzt läßt sich diese Erscheinung, die schon früher zu verzeichnen war, wiederum beobachten: Die militärischen Reklams werden gegen den Reichskanzler und das Reichsschaubild aufgesetzt, und man bekommt allerlei von Natrinen zu hören, die im Kontrast mit dem angeblich gegen Herrn v. Heeringen gebrauchten Worten.

Durch das Hineintragen solcher persönlichen Momente wird der Sache keinesfalls gedient. Es muß einfach grundmäßig gefordert werden, daß die leitenden militärischen Stellen das, was sie als unbedingt notwendig für den Ausbau unserer nationalen Verteidigung erkannt haben, auch ohne Einschränkung und Rücksichten unter voller Einbeziehung ihrer Verantwortlichkeit gegen alle Widerstände von oben oder von unten her durchsetzen. Wenn schon, denn schon! Entweder gestatten gewisse militärische Forderungen eine Vereinfachung unserer Schloßfertigkeit nach eine Einsparung auf sichere Zeit, dann soll man dies klipp und klar erklären. Oder aber ihre sofortige Erfüllung ist eine unumkehrbare Notwendigkeit; dann darf auch mit der Durchführung nicht gezögert werden. Schließlich kann es doch nicht zweifelhaft sein, daß alle finanziellen Bedenken ihre Grenze an der Sicherheit des Reiches finden müssen, gegebenenfalls unter Erleichterung neuer Steuerquellen, wie der jetzt aufs neue beschworenen Wehr- und Jung-

geleiste neben der Wehrsteuer. Die eindrucksvolle Kundgebung des Reichstages vom Vorjahre, die in der Erklärung der Bereitwilligkeit aller nationalen Parteien zur Leistung jeden Opfers im Interesse der vaterländischen Verteidigung gipfelte, ist in patriotischen Kreisen noch unvergessen, und ein nationaler Appell an die deutsche Volkvertretung wird heute um so weniger angefallen; je schwieriger sich die internationale Lage seitdem gestaltet hat, und je intensiver Frankreich, das durch sein neues Kadregesetz eine bedeutend verstärkte militärische Machtstellung an unserer Westgrenze zu erlangen der Lage ist, gegen uns rüßtet. Vor allem aber kommt es jetzt darauf an, Klarheit darüber zu schaffen, was denn nun eigentlich im Werke ist, und die Reichsregierung sollte keinen Augenblick länger zögern, den Inhalt der neuen Militärvorlage in authentischer Form bekannt zu geben.

### Zur Bewegung im Baugewerbe.

Ueber die Aussichten auf eine Verständigung im Baugewerbe schreibt man uns von beteiligter Seite: Es ist naturgemäß nach dem Verlauf der am Mittwoch abend begonnenen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht möglich, so entschieden, ob es zu einer Verständigung über einen neuen Tarifvertrag oder zu einem neuen Lohnkampf, ähnlich dem des Jahres 1910 kommen wird. Bei den Verhandlungen, die über einzelne Punkte zwischen den Parteien noch bestehen, und ganz besonders in Bezug auf die von den Arbeitnehmern geforderte allgemeine Lohnerhöhung, die die Arbeitgeber unter Hinweis auf die überaus schwierige Lage des Baugewerbes entschieden ablehnen, wird es jedenfalls nicht leicht sein, zu einem Ergebnis zu gelangen. Was aber trotzdem die Hoffnung auf ein solches Resultat, ist der bei den Parteien unbedingt vorhandene Wille, einen Ausgleich zu finden. Der Wunsch nach einer Kraftprobe besteht auf keiner Seite, vielmehr fast in den Verhandlungen das Bedürfnis nach einem baldigen Abschluß eines neuen Tarifvertrages allein zum Ausdruck. Hierfür spricht in erster Linie die Tatsache, daß beide Parteien vorläufig zu einem Schlichtungsversuch nicht wissen wollen, da sie die Hoffnung haben, auf dem Wege direkter Verhandlungen eine Einigung zu erzielen. Bedeutendswichtig für den Ausgang der Unterhandlungen sind auch die Beschlüsse, nach denen ein Vertrauensgremium für die Fortsetzung der Beratungen aufgestellt werden soll, und Verhandlungen der britischen und bairischen Verbände in Aussicht genommen sind. Schließlich erweist auch die Tatsache, daß man sich über den Weg geeinigt hat, der zu einer Verständigung führen kann, berechtigte Hoffnungen, daß es auch zu einer solchen tatsächlich kommen wird. Die Aussichten auf eine Vermeidung des Lohnkampfes sind also alles in allem keineswegs ungünstig.

### Der Handstreich der Jungtürken.

Der sehr nach Revolution aussehende Handstreich der Jungtürken über den wir bereits in der letzten Nummer ausführlich berichteten, ist in ein Licht der Tatsache gekommen, daß die Beratungen, die in letzter Zeit verhältnismäßig still geworden waren, ein gewisses Weiter in der Annäherung zu vollziehen, hat sich an die Spitze gestellt. Cuvvet Bey, erzt jüngst nach seiner Rückkehr, aus der Ehrenafia zum Oberleutnant befördert und in die Nationalduma entsandt, hat den Sturz des Ministeriums Kiamil bewirkt. Zum vierten Male übernimmt es dieser Draufgänger, das Vaterland zu retten, zum vierten Male lenkt er aber Augen auf sich. Mit seiner Flucht in die Berge aus der kleinen makedonischen Garnison Resna leitete der junge Hauptmann gleichzeitig mit seinem Kollegen Nispet die jungtürkische Revolution ein, die zur Wiederherstellung der Verfassung führte. Wenige Monate darauf wurde er, als Major, zum Militärattaché in Berlin ernannt, und er ist es dem Titel nach bis zur Stunde geblieben, allein die Aufgaben, die er sich stellte, hielten ihn jenseits von der deutschen Haupt- und Residenzstadt fern. In dem Zuge der Saloniker Armee unter Mahmud Scherif Pascha nach Konstantinopel zum Sturz Abdul Hamids nahm er in allererster Reihe teil, den Kampf um die Taximkaserne nach dem Einmarsch der Saloniker in Konstantinopel leitete er. Der Tripoliskrieg führte ihn nach der Grenzafia, wo er von seinem Hauptquartier bei Derna die Verteidigung dieser Provinz gegen die Italiener mit bewundernswürdiger Abkühlung und Umsicht leitete, und seit gestern sehen wir ihn, der kurz vor der italienischen Kriegserklärung eine Tochter des Sultans Mehmed V. aebelicht hat, in der Rolle eines Ministerpräsidenten, wie er von neuem das Schicksal in die Hande greift, um, unbestimmt um die Folgen, mit seiner Person für das Vaterland einzutreten. Am Abend der tiefsten Demütigung des osmanischen Reiches hoben in die Hauptstädte wieder die Macht an sich, ergriffen. Mahmud Scherif, der Held des Saloniker Ausmarsches gegen die Hauptstadt und spätere Kriegsminister, hat das Großwesirat übernommen, Laalat Bey, der frühere türkische Minister des Innern, ist von neuem in demselben Ressort Mitglied des Kabinetts geworden, einer der hervor-

ragendsten militärischen Vertrauensmänner der Jungtürken, General Ismet Pascha, löst den bisherigen Generalissimo Nispet in der Eigenmacht als Kriegsminister und Oberbefehlshaber ab. Das alles, so schwerwiegend es auch erscheinen mag, hat sich im Handumdrehen abgeleitet.

Das neue Ministerium des Innern erläßt sofort folgendes Communiqué: „Der Entschluß, den das Kabinet Kiamil-Pascha als Antwort auf die Note der Machtigkeit gefaßt hat, ganz Konstantinopel in einen Teil der Nationalduma zu zerlegen, die Zusammenberufung einer außerordentlichen Versammlung, welcher dieser Entschluß der Regierung unterbreitet worden ist, ein Vorhaben, das den Vorschriften der Verfassung widerspricht und die privilegierten Rechte des Volkes verletzt, haben die Entrüstung der Nation hervorgerufen, und sie hat deshalb vor der hohen Forderung eine Kundgebung veranstaltet, im Verfolg deren das Ministerium zurückgetreten ist.“

Was nun? Die seit zwei Jahren vom Unstid heimgekehrte Türkei ist damit an den Rand eines furchtbaren Abgrundes gedrängt worden. Vor der Nationalduma harret das bulgarische Heer auf den Befehl zur Wiederabnahme des Kampfes; die türkischen Truppen bei Gallipoli, zu der ersten Offensive angesetzt, sind in der letzten Phase von den Griechen bedroht. — Die Flotte, die bei den letzten Entschlüssen ergriffen wurde, ist durch das Segeckel von Tenedos weniger aktionsfähig als je zuvor gemacht worden. Im Meer selbst aber stehen sich gegenseitig die politischen Gegner heute noch erbitterter als zuvor gegenüber. Die Anhänger der alten Regierung werden kaum dem Befehl der Diktatoren folgen wollen. Und in der Hauptstadt selbst — ob nicht über Nacht die blutige Komune angefaßt des Feindes vor den Toren ihr furchtbares Haupt erheben wird? Aber das alles sind schließlich nur Momente sekundärer Bedeutung gegenüber der Befürchtung, daß Ausland keine Drobung wahr machen und die Neutralität verlassen wird. Was werden die Folgen des Handstreichs vom 23. Januar 1913 sein? Vor die Friedenskommission, die eben erst in London über die Mittel wieder über Europa schickte, hat sich von neuem eine finstere drohende Wolke gelagert, die vielleicht mehr Unheil stündet, als das vergangene Jahr gebracht hat.

Ueber die weiteren Ereignisse in Konstantinopel liegen folgende Nachrichten vor: Vor der Hofporte wurde nachts 11 Uhr unter der Bevölkerung ein Manifest verteilt, das an die Ereignisse seit dem Albanischen Aufstand, die militärischen Operationen im Sommer, die Demission Saib Paschas und die Ernennung des Kabinetts Kiamil erinnert. Das letztere habe durch seine Fehler, vor den albanischen Aufständischen zu kapitulieren und auf diese Weise den Wert der Volkstruppen zu zeigen, welche an die militärische Schwäche der Türkei glaubten, die Bildung des Volkswindes herbeigeführt. Die Regierung habe, obwohl sie Kenntnis hatte von der Bildung des Volkswindes, 120 000 Mann entlassen. Das Kabinet Kiamil habe den seit langer Zeit vorbereiteten Kriegsplan für den Balkanrieg nicht angewendet und das Kommando unfähigen Offizieren anvertraut und auf diese Weise die Niederlage verursacht. Das Manifest greift, auch das Kabinet Kiamil Pascha an, das trotz der guten Lage der Armee den Frieden um jeden Preis schließen wollte. Dieses Kabinet habe demissioniert. Die osmanische Nation werde ihre Rechte auf die europäische Türkei nicht aufgeben und hierfür alle Opfer bringen. Die Osmanen würden beweisen, daß sie fähig seien, zu leben im Ruhm und in der Weltgeschichte.

Abends zeigte sich Mahmud Scherif Pascha unter stürmendem Regen auf dem Balkon des Großwesirats der korrenen Menge. Er verlas eine Erklärung, die mit den Worten schloß: „Adrianopel oder den Tod“ Seine Rede wurde von der Menge mit frenetischem Jubel aufgenommen. Daß die Stimmung der Bevölkerung der Hauptstadt gänzlich zu Gunsten der Jungtürken umgeschlagen ist, geht daraus hervor, daß überhaupt sämtliche Mitglieder der neuen Regierung mit Beifallskundgebungen überschüttet werden, sowie man ihrer ankündigt wird. Oberst Ewer Bey ist zum Kommandanten der Festung Konstantinopel ernannt worden. Zu später Stunde hat Emir Bey dem Sultan nochmals einen Besuch abgestattet.

Dem „Terdiman“ zufolge telegraphierte Schürri Pascha, der Kommandant von Adrianopel, an das zurückgetretene Kabinet, daß im Falle Adrianopel an Bulgaren übergeben wird, er die Festung zu verlassen und mit seiner Armee auf Konstantinopel marschieren wird.

Die Offiziere erklären, die Armee sei nicht in guter Verfassung, und glauben, sie hätten jetzt gute Aussichten, die Bulgaren zu schlagen. Dieser Stimmung in der Armee entspricht auch die Stimmung in der jungtürkischen Kreise. Man hält in diesen Kreisen eine Fortsetzung des Krieges nicht für unmahrscheinlich. Nach einer neuen Militärnote besteht das neue Kabinet nur aus Generalen. Der Großwesir Kiamil und sein Minister werden in ihren Ämtern verbleiben.

Was man im Auslande sagt. Der Pariser „Matin“ schildert in einem Londoner Telegramm den Eindruck, den die Konstantinopeler Nachrichten auf die Delegierten der Balkanstaaten gemacht



















